



therapie Leipzig startete mit politischer Diskussion

Erschienen am 08.03.2019

Gelungener Auftakt: Ein gesundheitspolitisches Symposium mit rund 350 Besuchern bildete den Rahmen für den zehnten Geburtstag der therapie Leipzig – Fachmesse mit Kongress für Therapie, Medizinische Rehabilitation und Prävention. Gesundheitsexperten der Leistungs- und Heilmittelerbringer diskutierten mit zwei Bundestagsabgeordneten der Regierungskoalition politische Vorhaben für Gesundheit und Pflege in der verbleibenden Legislaturperiode und stellten sich zahlreichen Fragen des Publikums aus ganz Deutschland.

Ute Repschläger, SHV-Vorstandsvorsitzende, machte den Standpunkt der Heilmittelerbringer anschließend in einem [MDR-Interview](#) deutlich.

Unter dem Motto „Erwartungen an die Gesundheitspolitik 2019 – 2021“ sprachen im Leipziger Congress Center Sabine Dittmar, MdB, Gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Alexander Krauß, MdB, Mitglied der CDU/CSU Bundestagsfraktion und Mitglied im Gesundheitsausschuss des Bundestages, Ute Repschläger, Vorsitzende Spitzenverband der Heilmittelverbände (SHV), Joscha Brunßen, Vorstandsvorsitzender Bundesverband ambulanter Reha-Zentren (BamR), Christof Lawall, Geschäftsführer Deutsche Gesellschaft für Medizinische Rehabilitation (DEGEMED) und Dirk van den Heuvel, Geschäftsführer Bundesverband Geriatrie, über die Pläne der Regierungsparteien in der laufenden Wahlperiode und deren Bedeutung für die Gesundheitsbranche.

Sabine Dittmar MdB (SPD) sagte in ihrem Eingangsstatement: „Im Bereich der Rehabilitation sehe ich dringenden Handlungsbedarf bei den Tarifsteigerungen, beziehungsweise Tarifföhnen. Hier ist die Refinanzierung längst überfällig.“

Alexander Krauß MdB (CDU/CSU) meinte anschließend: „Physiotherapeuten, Ergotherapeuten und Logopäden bekommen ab 1. Juli das gleiche Geld für die gleiche Arbeit – deutschlandweit. Mit der Blanko-Verordnung geben wir den Heilmittel-Erbringern mehr Kompetenzen. Wir können dadurch deren Erfahrungen viel besser nutzen. Die medizinische Reha hat bislang in der politischen Diskussion zu wenig Beachtung gefunden. Das muss sich ändern – auch weil unsere Bevölkerung altert.“

Ute Repschläger (SHV), vertrat die Heilmittelerbringer. Sie sprach die Rahmenbedingungen des TSVG (Terminservice- und Versorgungsgesetz) an: „Das TSVG enthält gute Ansätze, um die Rahmenbedingungen für Heilmittelerbringer nachhaltig zu verbessern. An einigen Stellen müssen aber noch Nachbearbeitungen folgen, zum Beispiel beim hohen Bürokratieaufwand. Daneben wird sich einiges auch erst in der Umsetzungsphase zeigen. Möglichkeiten, für die das TSVG die Weichen stellt, sind in den Verhandlungen mit dem GKV-Spitzenverband aufzuzeigen. Wenn das gut gelingt, wird es den Heilmittelerbringern in Deutschland künftig deutlich besser gehen.“ Joscha Brunßen (BamR) war für die ambulante Rehabilitation vertreten: „Die ganztägig ambulante Rehabilitation ist eine moderne und wirtschaftliche Versorgungsform, die auch bei der Gesetzgebung stets mitgedacht werden muss.“

Dirk van den Heuvel (BV Geriatrie), und Christof Lawall (DEGEMED) vertraten die Rehabilitationseinrichtungen. Van den Heuvel betonte: „In den Rehabilitationskliniken ist aufgrund der strukturellen Unterfinanzierung der letzten Jahre ein hoher

Investitionsstau aufgelaufen, der kurz und mittelfristig aufgelöst werden muss. Stichwort: Brandschutz. Unter Beibehaltung der Geltung der Veränderungsrate für die Rehabilitationseinrichtungen ist dies nicht zu schaffen.“ Lawall forderte, „dass alle finanziellen Unterstützungen, die es für Krankenhäuser gibt, auch Reha-Einrichtungen zugutekommen. Das heißt: wirkungsgleiche Übertragung der Instrumente des PpSG auf die Reha-Branche, damit auch die Pflegekräfte in der Reha profitieren.“